

Geheimt in
 einm. Freitag.
 Ausgaben: Die 6 gepolte
 Kaugummis 20 Pfennig
 In Abonnement oder bei
 Einzelbestellung entsprechend
 höher.
 Inhalt der Redaktion:
 Paul Wolff

Die Stimme

Abonnement
 vierteljährlich 1.— Mark
 bei jedem Postamt und in
 der Expedition.
 Eingetragen in der
 Post-Zeitungspreisklasse.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin NO. 55,
 Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Redaktion: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Druck: Amt Sülzstadt 4730.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wolffmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an W. Bielle, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223

Nummer 17/18.

Mittwoch, den 7. Mai 1915.

26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Wer sorgt für die unverleht heimkehrenden Krieger? — Durchhalten! Weiterbauen! — Die Holznot Englands. — Feuilleton: Wie einst im Mai... — Rundschau: Fürsorge für Kriegserwitwen und Kriegswaisen. — Die Beschäftigung von Kriegsverletzten. — Grundzüge für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen. — Wirtschaftlicher Egoismus in der Zementindustrie. — Unverbesserlich. — Aus den Ortsvereinen: Ammendorf. Berlin. — Rechtsprechung: Ist der Kriegsschauplatz in Feindesland als Ausland anzusehen und demgemäß der Anspruch auf Sterbegeld unbegründet. Sind beim Bestehen eines sogenannten Kassenverbandes die einzelnen Kassen noch verpflichtet, ihre Mitglieder mit Ärzten zu versorgen? — Ehrentafel. — Patentschau. — Adressenänderungen. — Literarisches Anzeigen.

Wer sorgt für die unverleht heimkehrenden Krieger?

Das Gefühl der Dankeschuld gegenüber unseren im Felde stehenden Brüdern äußert sich in den verschiedensten Formen. Unzählige sind die Liebespakete, die von Angehörigen, Verwandten oder Freunden ins Feld geschickt werden. Rührend ist oft die Fürsorge mit anzusehen, wie Männer und alte Mütterchen es sich nicht verdrücken lassen, den Weg zu wiederholten Malen nach dem Postamt anzutreten und dem betreffenden Postbeamten noch besonders einzuschärfen, doch das Paket richtig an die Adresse zu befördern. Trotzdem die Beamten meist nicht den geringsten Einfluß auf die Beförderung haben, hören sie immer wieder mit erkaunlicher Geduld die Ermahnungen an, und versprechen, das ihrige dabei zu tun, wissen doch auch diese Leute, alles was gebracht und gefügt wird, kommt aus liebevollem Herzen, aus der Sorge für unsere kämpfenden Brüder. Ebenso rührend und wohlthuend berührt es, wenn Kinder ihre Sparbüchsen leeren, um die sonst ängstlich gehüteten Sparpfennige mit stolz leuchtenden Augen in Liebesgaben umzuwandeln. Alles dieses ist gut und edel und wird von unseren Truppen mit dankbarem Herzen empfunden.

Für uns aber, die wir im öffentlichen Leben stehen, die wir die rauhe Wirklichkeit so oft erkannt haben, erwachsen dringendere, wichtigere Aufgaben. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß alles aufgeboten werden muß, um das Leben der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege sorgenlos zu gestalten, auch die Fürsorge der Kriegserwitwen und Waisen gehört mit zu dieser Aufgabe. Heute aber wollen wir diese beiden hochwichtigen Fragen nicht behandeln, sondern eine ebenso wichtige, die jedoch nicht die Kriegsbeschädigten, sondern die unverlehten später heimkehrenden Krieger betrifft. Eine jede Kugel trifft ja nicht, oder für mich ist keine Kugel gegossen sind Aussprüche, die man immer wieder von den ins Feld rückenden Truppen hört. Und in der Tat scheint es oft als sollten diese Ausdrücke zur Wahrheit werden. Wie viele Tausende und Abertausende von Kriegern kämpfen seit dem Ausbruch des Krieges, haben im stärksten Kugelregen gestanden, sind aber immer, oft wie durch ein Wunder, vor Verletzungen verschont geblieben, ja diese leisten an Bravour und Strapazen oft übermenschliches. Wer wollte nun behaupten, daß der Dank an die Unverwundeten nicht ebenso groß ist, als an die Verletzten, und daraus ergibt sich auch die Sorge um dieselben.

Eine ernste Sorge erfüllt uns, und das ist die, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege gewaltigen Umfang nehmen wird. Unser Arbeitsmarkt ist durch die Kriegslieferungen günstig beeinflusst, die deutsche Industrie hat eine Anpassungsfähigkeit in dieser kritischen Zeit an den Tag gelegt, die geradezu bewundernswert ist. In Möbelfabriken sahen wir Wagen und Schlitzen herstellen, Pianofortefabriken haben ihre Räume zur Herstellung von Geschöshüllen eingerichtet und so weiter. Ebenso schnell haben sich unsere Arbeiter den veränderten Verhältnissen angepaßt, tausende von Tischlern haben in der Herstellung von Granaten Beschäftigung gefunden, andere wieder sind in die Stellmachereien gegangen, dadurch ist es in allem möglich gewesen, das was uns vom Ausland früher geliefert wurde, hier herzustellen. Die Intelligenz und Energie der Unternehmer und Arbeiter verdient ungeteiltes Lob, und hat wesentlich zu den Erfolgen unseres Heeres beigetragen.

Nach dem Kriege wird diese Kriegsarbeit zum größten Teil eingestellt werden, unsere Industrie wird wieder nach ihren alten Absatzgebieten Ausschau halten und dabei kommt auch der Export nach fremden Ländern in Betracht. Unsere Ausfuhr nach dem Ausland ist ziemlich beträchtlich gewesen. Wir führten im Jahre 1913 nach England allein ohne Kolonien für 1438 Millionen Mark Waren, darunter allein für 795 Millionen Fertigware aus. Unser Handel mit Frankreich betrug im Jahre 1913 im ganzen 1375 Millionen Mark. Davon

führte Frankreich bei uns für 585 Millionen ein, wir für 790 Millionen nach Frankreich aus. In den letzten Jahren ist unsere Ausfuhr nach Frankreich durchschnittlich um rund 75 Millionen Mark jährlich gestiegen. Ebenso führte Deutschland nach Rußland für 880 Millionen Mark hauptsächlich Industrieerzeugnisse und Halbfabrikate aus. Es liegt nun klar auf der Hand, daß in der ersten Zeit, ja vielleicht auf Jahre hinaus, an eine Ausfuhr nach den drei benannten Ländern nicht zu denken ist. Die Folge davon wird daher sein, daß unsere Industrie mehr auf die Herstellung für Produkte der heimischen Bedürfnisse Wert legen muß. Dies wird aber auch nicht ohne große Schwierigkeiten gehen, und so manche Fabrik wird ihre Tore schließen. Dies hat auch wieder zur Folge, daß Tausende von Arbeitern, die während der Kriegszeit lohnende Beschäftigung hatten, wieder die schwere Not der Arbeitslosigkeit zu kosten bekommen. In die Berufsorganisationen werden dadurch abermals gewaltige Anforderungen gestellt werden. Auch diejenigen Kollegen, welche bei Ausbruch des Krieges verlangten, daß der letzte Pfennig für die damals arbeitslosen Kollegen verausgabt werden sollte, werden eines besseren belehrt werden. Andererseits tritt an die Kriegsarbeitsgemeinschaft, welche gemeinsam mit den Arbeitgebern in der Kriegszeit gegründet worden ist, erneut die dringende Mahnung heran, mit noch größerem Nachdruck die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten in die Wege zu leiten. Bei der Gründung der Kriegsarbeitsgemeinschaft legte man ja an und für sich nicht den Hauptwert auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit während der Kriegszeit, sondern man ging von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß dies für die Zeit nach dem Kriege in weit höherem Maße notwendig sein wird. Man war sich bewußt, daß einerseits durch die Kriegslieferungen, andererseits durch die gewaltige Einziehung zum Heeresdienst der Arbeitsmarkt während der Kriegszeit von Arbeitskräften entblößt werden muß, deshalb galt in der Hauptsache das ganze Streben für die Zeit nach dem Kriege. Man hat leider den Eingaben der Kriegsgemeinschaft an die Behörden, Bundesstaaten, Kommunen und dergl. nicht immer die notwendige Be-

achtung geschenkt, zwar sprach aus den meisten Antworten ein gewisses Wohlwollen, die erwarteten Tatsachen jedoch viel zu wünschen übrig. Man stützte sein Urteil meist auf die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit immer mehr abgenommen hat, ja daß in manchen Berufen direkter Arbeitermangel vorhanden ist.

Wir haben dies von unserer Seite auch niemals bestritten, obgleich sehr oft festgestellt werden mußte, daß niedrige Entlohnung vielfach der Grund für die Klagen des Arbeitermangels vorlag. Doch abgesehen davon, legte man eben zu wenig Wert auf die von uns immer wieder erhobene Mahnung, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege gewaltigen Umfang annehmen wird, und man schon beizugehen für deren Beilegung treffen müßte. Eine andere noch wichtigere Frage tritt hierbei hervor. Uns allen ist bekannt, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten ihre oft sicheren Arbeitsplätze verlassen mußten, um dem Ruf zur Fahne Folge leisten zu können. Je länger der Krieg dauerte, je mehr trat dies in die Erscheinung, manche Fabriken wurden so ihrer besten Arbeitskräfte beraubt. Vermöge des bewundernswerten Anpassens unserer Industrie an die veränderten Verhältnisse wurde dieselbe mit gewaltigen Aufträgen bedacht, die wiederum zur Folge hatten, daß unsere Arbeitgeber sich nach neuem Ersatz von Arbeitskräften umsehen mußten. Arbeits-

kräfte waren genügend vorhanden. Nun hat ja namentlich unsere Großindustrie die besonders fürsorge gepflegt, Leute von 40 Jahren und darüber in ihren Betrieben nicht mehr einzustellen. Der Staat ist aber dazu übergegangen, unsere braven Landsturmmänner noch direkt fürs Feld einzuziehen, sie also als vollwertige Linientruppen anzusehen. Der Landsturm hat bewiesen, daß er an Bravour und Ertragen von Strapazen sich von den Linienregimentern nicht überflügeln läßt, so daß selbst Hindenburg, der doch mit seinem Lob sehr kargt, sich rühmlichst über die Landstürmer ausgesprochen hat. Aus allem diesem geht hervor, daß die Leute von 40 Jahren und darüber noch keineswegs als verbraucht, wie sie die Industrie leider nur zu oft hinzustellen versucht, anzusehen sind.

Wird unsere Industrie aus diesem Kriege ihre Lehren ziehen? Wird sie einsehen gelernt haben, daß es ein schwer vergangenes Unrecht gewesen ist, Leute im besten Mannesalter von ihren Arbeitsstätten fern zu halten, es ist aber auch ein krasser Widerspruch gegen die Auffassung des Staates. Während des Krieges, als jüngere Arbeitskräfte nicht mehr zu haben waren, hat man auch ältere Leute beschäftigt. Wie wird nun das Bild nach dem Kriege aussehen. Sobald die Kriegslieferungen eingestellt werden, wird es einem großen Teil von Fabriken schwer fallen, gleich Aufträge zu erhalten, die Zahl der Beschäftigten ist aber vorhanden. Hinzu kommt aber der Strom von Tausenden vom Heeresdienst entlassenen unverletzten oder geheilten Arbeiter. Diese Zahl wird trotz der großen Verluste nicht klein sein. Das Bestreben dieser wird nun sein, möglichst wieder an ihre alten Arbeitsplätze zu gelangen. Dies wird aber nur zum kleinen Teil möglich sein, da vielfach ihre Plätze von anderen nicht eingezogenen Arbeitern eingenommen sind, für die 45 Jahre Alten und darüber wird es besonders schwer halten, ihre alten Arbeitsplätze wieder zu erlangen. Es wird nun ein allgemeines großes Sieben Platz greifen, bei dem ein großer Prozentsatz von den aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern auf dem Straßensplaster bleiben werden. Die Frage ist nun die: Wer sorgt für diese Arbeitslosen? Soweit sie organisiert sind, wird man sagen, wird die Organisation ohne weiteres eintreten. Besteht jedoch für die Organisationen eine derartige rechtliche Verpflichtung? Diese Frage stellen, heißt sie gleichzeitig verneinen. Zwar wird immer ein solidarisches Mitgefühl, das in diesem Falle sogar aus dem Dankesgefühl der erlittenen Strapazen im Felde gegenüber unseren Kollegen entspringt, bestehen. Die Organisationen werden ihre Mitglieder in keinem Falle im Stich lassen. Darauf kommt es aber ja garnicht an. Tatsache ist, daß Tausende von Arbeitern ohne ihre Verschulden aus ihren sicheren Arbeitsstellen herausgerissen worden sind, ihr Gut und Blut für die Befreiung ihres Vaterlandes eingesetzt, unzählige Not und Entbehren freudig auf sich genommen und nun, wo sie durch ihre Tapferkeit zur Erringung des Sieges beigetragen haben, stehen sie am letzten Ende arbeitslos da. Die Arbeiterorganisationen, ganz gleich welcher Richtung, haben in dieser Zeit die schwersten Opfer gebracht, manche haben die Unterstützung für die Arbeitslosen und Kriegserwitwen bis zur Erschöpfung geleistet, es wäre also nicht angebracht, und auch durch nichts begründet, den Organisationen auch noch diese schwere Last aufzubürden.

Mit allem Nachdruck muß daher diese Frage dahin beantwortet werden: der Staat hat für die aus dem Kriege heimkehrenden unverletzten und arbeitslos werdenden Krieger zu sorgen. Man wird vielleicht sagen, diese Frage ist noch zu früh zu erörtern und man weiß noch nicht, wie das Bild nach dem Kriege aussieht, ob alle diese Voraussetzungen zutreffen werden. Es wäre ja geradezu töricht, damit zu warten bis man vor der vollendeten Tatsache steht. Das deutsche Reich hat bewiesen, welche gewaltige Organisation in unserem Heeres- und Eisenbahnwesen steckt, die Sorge um die Kriegsverletzten, um die Kriegserwitwen und Waisen hat weite Kreise zusammen geführt. Nicht minder wichtig, ist die Versorgung der unverletzten oder geheilten Krieger darum dürfen wir auch an dieser wichtigen Frage nicht achtlos vorübergehen, sondern beizugehen Fürsorge treffen, die dahin zielen muß, dem Staat die Lasten für die Fürsorge dieser arbeitslosen Krieger zu übertragen.

Die beste Agitation!

Die beste Agitation ist, wenn der Freund zum Freund, der Arbeitskollege zum Arbeitskollegen geht.

Die beste Agitation ist der fleißige Besuch der Ortsvereinsversammlung.

Die beste Agitation ist die Aufklärung der Frau.

Die Frau wird am besten aufgeklärt, wenn sie die Ortsvereinsversammlung besucht.

Wo die Umstände es gestatten, nehmt die Frau und erwachsene Kinder mit in die Versammlung.

achtung geschenkt, zwar sprach aus den meisten Antworten ein gewisses Wohlwollen, die erwarteten Tatsachen jedoch viel zu wünschen übrig. Man stützte sein Urteil meist auf die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit immer mehr abgenommen hat, ja daß in manchen Berufen direkter Arbeitermangel vorhanden ist.

Wir haben dies von unserer Seite auch niemals bestritten, obgleich sehr oft festgestellt werden mußte, daß niedrige Entlohnung vielfach der Grund für die Klagen des Arbeitermangels vorlag. Doch abgesehen davon, legte man eben zu wenig Wert auf die von uns immer wieder erhobene Mahnung, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege gewaltigen Umfang annehmen wird, und man schon beizugehen für deren Beilegung treffen müßte. Eine andere noch wichtigere Frage tritt hierbei hervor. Uns allen ist bekannt, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten ihre oft sicheren Arbeitsplätze verlassen mußten, um dem Ruf zur Fahne Folge leisten zu können. Je länger der Krieg dauerte, je mehr trat dies in die Erscheinung, manche Fabriken wurden so ihrer besten Arbeitskräfte beraubt. Vermöge des bewundernswerten Anpassens unserer Industrie an die veränderten Verhältnisse wurde dieselbe mit gewaltigen Aufträgen bedacht, die wiederum zur Folge hatten, daß unsere Arbeitgeber sich nach neuem Ersatz von Arbeitskräften umsehen mußten. Arbeits-

Durchhalten! Weiterbauen!
 Von Fedor Gustav Gottschalk.

Die jüngst ergangene Verordnung über die staatlichen Ankäufe von Kartoffeln bedeuten einen Markstein in dem Aufbau der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen. Mit ihr kommt eine Entwicklung zum vorläufigen Abschluß, die mit der Ermächtigung zur Festsetzung von Höchstpreisen vom 4. August 1914 begann, und deren einzelne Stappen bezeichnet werden

durch die nacheinander erfolgenden Beschlagnahmen: der Wolle, des Brotgetreides, der Futtermittel, des Lebers, der Metallvorräte, die Einführung der Brotarten, Stickstoffmonopol usw. Man erkennt, wenn man die volkswirtschaftliche Tragweite dieser Maßnahmen in ihrer Gesamtheit sich vergegenwärtigt, vor der ungeheuren Bedeutung dieser Leistung; vor der spürbaren Leichtigkeit, mit welcher der Staatsorganismus, der in diesen Zeiten seine stärkste Belastung nach außen erfährt, zugleich im Innern ein derartig gewaltiges System gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen aufzubauen und vor allem in Gang zu halten verstand; ein System, dem wir es, darüber sind sich wohl alle Kreise jetzt einig, allein zu verdanken haben, daß wir mit ruhiger Gewißheit dem weiteren Verlauf des Krieges entgegensehen können. Wohl sind alle Maßnahmen erst eingeführt worden nach jedesmaliger Ueberwindung mancher Schwierigkeiten: wurden doch durch jeden neuen Eingriff Lebensinteressen großer Gruppen des wirtschaftlichen Organismus aufs einschneidendste getroffen. Jedoch auch das darf gesagt werden: mit erfreulicher Einsicht haben sich auch die betroffenen Kreise den notwendigen Neuregelungen gefügt; der Wille des ganzen Volkes sieht hinter diesen, ein Umstand, der wesentlich zur Vergrößerung ihrer Wirksamkeit beiträgt.

Können so alle Stände und Schichten des Volkes sich einen Anteil am Verdienste der Sicherung unseres wirtschaftlichen Durchhaltens anrechnen, so gilt dies in ganz besonderem Maße von den Konsumenten. Sie sind es gewesen, die durch ihre Vertretung den Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen immer von neuem den Ruf nach den staatlichen Maßnahmen wiederholten, welche schließlich zur Einführung gelangten, und die sich auch für die teilweise Beschlagnahme der Kartoffeln, wie sie jetzt erfolgte, mit aller Energie eingesetzt haben. Noch in letzter Stunde hatte der Kriegsausfluß in Gemeinschaft mit wissenschaftlichen Autoritäten in einer Denkschrift diese Maßnahmen gefordert. Spürten doch die Konsumenten am ersten die steigenden Preise, standen sie doch den Gefahren am nächsten, die gedroht hätten, wenn nicht energisch durchgegriffen worden wäre. So darf denn der Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen mit berechtigter Befriedigung auf einen ersten Abschnitt seiner Tätigkeit zurückblicken. Einem Abschnitt, in dem es die Sicherung des Durchhaltens durch großzügige gesetzliche Maßnahmen zu erstreben galt.

Damit ist aber seine Tätigkeit nicht erfüllt, erst der Anfang ist gemacht! Nichts wäre falscher, als wenn die organisierte Konsumentenschaft sich nun auf die Bärenhaut legen und sich mit dem Gedanken beruhigen wollte: Brot und Kartoffeln sind gesichert, jetzt kann uns nichts mehr passieren. Nein, die Arbeit beginnt jetzt erst, indem sie sich erweitert. Und zwei große Hauptgebiete eröffnen sich da: Arbeit am Ausbau der Konsumentenorganisation selbst, und die Arbeit am Ausbau der wirtschaftlichen Maßnahmen. Das Zweite wird durch das Erste bedingt: Denn, wenn auch die ganz großen allgemeinen Probleme der wirtschaftlichen Sicherung noch nicht völlig erschöpft sind, so ist doch ein großer Teil der noch der Entscheidung harrenden, sowie der neu auftauchenden Aufgaben mehr lokaler Natur, und dementsprechend abhängig von der natürlichen Verschiedenheit der Lebensbedingungen und Gewohnheiten, sowie von der Bevölkerung der einzelnen Orte und Landesteile. Worin diese Aufgaben bestehen, soll unten gezeichnet werden: jedenfalls ist schon aus dem Gesagten ersichtlich, daß derartige lokale Fragen zweckmäßig nicht von einer Zentrale allein, wie sie der Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen in Berlin ist, behandelt werden können. Die dem Gedanken folgend, hat der R.A. für A. bereits von vornherein Wert gelegt auf die Bildung von Bezirksausschüssen, den Verhältnissen des Krieges entsprechend besonders am Sitz von Generalkommandos und es haben sich auch inzwischen bereits 19 solcher Bezirksausschüsse gebildet, diesen Bezirksausschüssen wiederum haben sich an den übrigen Hauptorten der betreffenden Bezirke Ortsausschüsse angegliedert. Hier wird die weitere Organisationsarbeit im dankbaren Feld finden. Besonders der lokalen Zweigorganisationen der dem einzelnen B.A. oder der Zentrale angeschlossenen Verbände wird es ein Leichtes sein, solche Bezirks- und Ortsausschüsse ins Leben zu rufen.

Die tatsächlichen Aufgaben dieser Bezirks- und Ortsausschüsse hat der Bezirksausfluß Essen kürzlich in einer Veröffentlichung treffend bezeichnet in folgender Zusammenstellung:

1. Zusammenfassung möglichst vieler Organisationen und Institute, die soziale und wirtschaftliche Zwecke verfolgen, zu einheitlichem Vorgehen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung für die Bevölkerung.
2. Heranziehen von Einzelpersonen, die auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft, der Volkswirtschaft, oder in anderen in Betracht kommenden Fächern Erfahrung besitzen zur Mitarbeit.
3. Schaffung einer möglichst innigen Verbindung mit staatlichen und kommunalen Körperschaften zum Zwecke gemeinschaftlichen Vorgehens:
 - a) durch Eingaben und ständigen Meinungsaustausch über alle Fragen, welche die Bürger als Konsumenten betreffen;
 - b) durch geeignete Vertretung des Konsumentenanspruches in den städtischen Nahrungsmittelkommissionen und bei sonstigen Verhandlungen der Behörden, soweit sie die Nahrungsmittelversorgung und das Ernährungsweisen der Bevölkerung betreffen;
 - c) durch tätige Förderung aller im Interesse der Konsumenten von Reich, Staat und Gemeinden beschlossenen Maßnahmen.
4. Sammlung von Material über Vorfälle, die sich als unzureichende Uebersorgung der Konsumenten sowie der Gemeinden, des Staates und des Reiches als Verbrauch und Verwahrlosten von Gütern, namentlich Nahrungsmitteln, charakterisieren.
5. Beförderung der Verantwortlichkeit über Ernährungsfragen, unbegrenzte Preisbewegungen und Mißstände durch die Presse.
6. Abhaltung belehrender Vorträge über Nahrungsmittelversorgung und Ernährungsweisen.
7. Prüfung und Vertretung von Wünschen, Forderungen und Beschwerden der Konsumenten bei den Generalkommandos.
8. Stellungnahme gegen unberechtigte Kürzung von Löhnen und Gehältern.

9. Mitarbeit in der Mieterfrage zwecks Herbeiführung eines erträglichen Ausgleiches zwischen bedürftigen Mietern und Hausbesitzern.

Wichtig allerdings ist hierbei, daß in allem der Zusammenhang mit der Zentrale gewahrt bleibt, damit eine schädliche Zersplitterung sowie Widersprüche vermieden werden, und ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist.

So ist der Aufgabenkreis der organisierten Konsumentenschaft nicht enger geworden durch die Regierungsmassnahmen, er hat im Gegenteil eine erfreuliche Ausdehnung gewonnen, eine Ausdehnung, die uns berechtigt, zu unserem alten Ausruf: „Durchhalten!“ den zweiten hinzuzufügen: „Weiterbauen!“

Die Holznot Englands.

Nach Mitteilungen der Fachpresse haben in der letzten Zeit zwischen den Regierungen Schwedens und Deutschlands Verhandlungen stattgefunden, die eine Beseitigung der Konterbandenerklärung für Holz betreffen. Es heißt auch, daß diese Verhandlungen jetzt zum Abschluß gelangt sind und daß die schwedische Kriegerversicherung nunmehr gesägte und gehobelte Holzwaren, auch wenn sie nach England oder Frankreich bestimmt sind, versichert. Wenn das in vollem Umfange richtig ist, so hätten wir mit einer Aufhebung des Beschlusses des Bundesrates vom 23. November 1914 zu rechnen, durch den Holzwaren als Banngut erklärt worden ist. Von anderer Seite wird dagegen behauptet, daß keine Aufhebung sondern nur eine Milderung der Banngutserklärung für Holzwaren erfolgt sein soll. Nur gesägte oder gehobelte Bretter und Latten, sowie Fenster und Türen sollen auf Wunsch der schwedischen Regierung freigegeben worden sein, während Grubenhölzer, Brennholz und Planken von gewissen Abmessungen nach wie vor Bannware bleiben sollen. Darüber, wie man bei gemischten Ladungen die Abmessungen der Hölzer im Schiffsraum feststellen will, ist nichts gesagt. Ebenfalls, ob man bei Festsetzung der zulässigen Breiten und Stärken nicht weiter gegangen ist, als für uns gut ist.

Es müssen für das der schwedischen Regierung bewiesene Entgegenkommen wichtige politische Gründe gesprochen haben. Deutschland bringt damit dem befreundeten Schweden ein großes Opfer, und wir hoffen, daß ihm Vorteile gegenüberstehen, die den Schaden, den Deutschland durch die Freigabe der Holzeinfuhr nach England erleiden wird, aufwiegen. England ist holzarm und ist in großem Maße auf die Einfuhr auswärtiger Hölzer angewiesen. Die Einfuhr von Holz aus Skandinavien und Rußland hat im Jahre 1912 allein im Hafen von London 4 316 832 loads von 50 Kubikfuß englisch betragen. Davon kamen

aus Rußland	2 790 995 loads,
aus Schweden	1 218 049 "
aus Norwegen	207 808 "
Der Wert dieser Einfuhr hat	
aus Rußland	Sterl. 7 690 712
aus Schweden	" 3 267 539
aus Norwegen	" 1 019 082
mithin insgesamt	Sterl. 11 977 333

betragen. Die Einfuhren in den Jahren 1913 und 1914 weisen noch höhere Ziffern auf. Dieser Import hat fast ausschließlich aus Weichhölzern (Kiefern, Fichte und Lärche) in gefügten oder gehobelten Brettern und in Planken bestanden. In London ist ein großer Teil der Straßen mit Holzplanken aus diesen Hölzern gepflastert. Ich habe diese Verhältnisse in einem Buche: „Das Holzplank in London“, das kurz vor Ausbruch des Krieges im Verlage von Gustav Fischer in Jena erschienen ist, geschildert. Auch für viele andere Zwecke ist England auf diese Holzeinfuhr angewiesen.

Es ist klar, daß England durch die deutsche Konterbandenerklärung für Holz in große Verlegenheit gesetzt worden ist. Die wichtigsten russischen Ausfuhrhäfen Helsingfors, Abo, Rokka und Wiborg liegen an der Ostsee. Jede Ausfuhr aus ihnen wird durch die deutschen Kriegsschiffe verhindert. Der größte Ausfuhrhafen am Weißen Meer, Archangel, ist durch Eisgang schwer behindert oder ganz gesperrt. Der Verkehr

zwischen Schweden und England ist auch stark beeinträchtigt. Die Ausfuhr von Konterbande nach England aus den Häfen, die die wertvollsten Hölzer liefern, Gesele, Sundswall und Söderhamn, aber auch allen anderen Häfen an der Ostküste Schwedens von Haparanda bis Karlskrona ist mit großen Gefahren verknüpft. Nur über Gottenburg kann schwedisches Holz ungehindert in die Nordsee und nach England gelangen. England ist deshalb genötigt, die schwedischen Holzwaren, die es gebraucht, mit großen Mehrkosten entweder auf diesem Wege oder über norwegische Häfen, wie Drontheim oder Drammen, zu beziehen. Auch diese Einfuhr ist nach Verlusten durch unsere Unterseeboote oder durch Minen ausgelegt.

Die notwendige und von Deutschland gewollte Folge der Konterbandenerklärung ist eine starke Erhöhung der Holzpreise für England gewesen. England ist genötigt, in Schweden jeden Preis zu zahlen, wenn es nur Holz erhält, weil die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada noch kostspieliger ist. Abgesehen davon, daß die Qualität der amerikanischen Hölzer den auf feinigem Boden und wegen des kurzen Sommers sehr langsam gewachsenen und sehr elastischen, schwedischen, finnländischen und nordrussischen Weichhölzern nicht gleichkommt.

Für die schwedischen Holzinteressenten ist diese Steigerung der Preise sehr vorteilhaft. England befindet sich angesichts seiner verminderten Holzvorräte in einer Notlage und muß alles bewilligen, was man verlangt. Für uns ist es aber wichtig, zu verhindern, daß diese Notlage auch auf den Import nach Deutschland übergreift. Deutschland ist ebenfalls, wenn auch nicht in so großem Umfange wie England, auf die Einfuhr schwedischer Nadelhölzer angewiesen. Die schwedischen Hölzer sind auch bei uns für gewisse Zwecke unentbehrlich. Ein großer Teil des in deutschen Städten in Straßen oder auf Brücken liegenden Holzplankens ist aus schwedischem Holze hergestellt. Auch zur Pflasterung von Werkstätten in staatlichen und privaten Fabrikbetrieben wird dieses Holz verwendet. Der Umfang der Einfuhr von schwedischen Hölzern nach Deutschland für andere Zwecke ist noch größer. In Lübeck, Wismar und in anderen Ostseehäfen werden in großen Mengen schwedische Hölzer zu Fußbodenbrettern verarbeitet, die infolge ungenügender Eigenproduktion in den holzarmen Gegenden Deutschlands für Neubauten verwendet werden. Auch für Türbekleidungen, Scheuerleisten und Jalousien wird das feinstjährige schwedische Holz gern benutzt.

Diese Einfuhr notwendiger Hölzer nach Deutschland ist in den letzten Monaten sehr schwierig geworden. Die Preise sind in fortwährendem Steigen begriffen. Es beruht das zum Teil auf den höheren Frachten und Versicherungskosten, sowie auf dem steigenden Kurs der schwedischen Wäskula, ganz besonders aber auf dem starken Mißwettbewerb Englands. Die schwedischen Holzinteressenten versuchen, die Notstandspreise, die ihnen von den englischen Abnehmern bewilligt werden, auch von uns zu verlangen, trotzdem die Einfuhr nach Deutschland ungehindert erfolgen kann. Sie halten mit den Verkäufen zurück. Wenn diese Verhältnisse fortbauern, werden sowohl die privaten Abnehmer als auch die in Betracht kommenden deutschen Behörden demnächst Preise dafür anlegen müssen, die ihnen bis jetzt unbekannt gewesen sind.

Solange die Behandlung von Brettern und Planken als Konterbande von der Reichsregierung aufrecht erhalten worden ist, haben die auf die Verarbeitung der nordischen Hölzer angewiesenen Gewerbetreibenden damit rechnen können, daß der Umfang des Exports nach England infolge der damit verbundenen Gefahren beschränkt bleibt, und daß die schwedischen Ablader es vorziehen werden, ihre Hölzer nach Deutschland zu liefern. Bestätigt sich die Nachricht, daß dieses letzte Hindernis gefallen ist, so schwindet die Aussicht, den deutschen Holzbedarf in Schweden zu annehmbaren Bedingungen decken zu können. Die Holznot Englands würde, wenn die Einfuhr von Rußholz nach England freigegeben werden sollte, mit einem Schlage beseitigt, unsere eigene dafür gesteigert werden. England und Schweden würden die Vorteile dieser Maßregel genießen, während Deutschland die Kosten zu tragen hätte.

Ich muß deshalb die Erwartung aussprechen, daß über den Inhalt der zwischen der deutschen und der schwedischen Regierung getroffenen Abmachungen recht bald genaues bekannt gegeben wird.

Berlin-Niederhönhausen. Heinrich Freese.

Wie einst im Mai . . .

Also seit acht Jahren hat man in London gewußt, wie es zu machen sei, daß man Deutschland zu Boden wirft, erbrockelt, vernichtet. Der seine Plan, mit Frankreich und Belgien vereint über das Deutsche Reich herzufallen, ist nach den jetzt veröffentlichten Enthüllungen im Jahre 1906 ausgeheckt worden. Natürlich hat auch Rußland darum gewußt, Frankreichs Verbündeter. Von Ost und West sollte der Raubzug zu gleicher Zeit unternommen werden. . .

Warum muß ich heute an jenen schönen Maiabend denken, der das königliche Opernhaus in Berlin, die Stätte so vieler glänzender Festvorstellungen, von unten bis zur Decke in dem heraufschendenden Schmelde blühender Rosen zeigte? Es war am 23. des Monnemonats im Jubiläumsjahr 1913. In der Königslage saß die junge Kaiserin an der Seite des Bräutigams — denn die Vorstellung gehörte zu den Hochzeitsfeierlichkeiten jener Maitage. Und weiter in der vordersten Reihe der deutsche Kaiser, die deutsche Kaiserin, der Zar und der König von England neben seiner Gemahlin.

Es sind noch nicht anderthalb Jahre her, daß sich diese Familienfeier abspielte. Bei der Ankunft und beim Abschied der Gäste aus Petersburg und London gab es Händedrucke und Küsse auf beide Wangen. Die Hofberichterstattung hob die Herzlichkeit der Begrüßung beim Kommen und Gehen nachdrücklich hervor. Damals gab es einen unter den drei Fürsten, dessen Herz voll war von der Empfindung ehrlicher Freundschaft. Dieser eine war der Gastgeber, der als gerader offene Charakter seine Gäste empfing im Vertrauen auf ihre eigene Ehrlichkeit. Wer selbst ohne Hinterhältigkeit und Falschheit ist, wer selbst reinen Herzens ist, der kann sich nicht denken, daß andere unter freundlicher Maske das heimtückische Verlangen nach Vernichtung des Freundes verbergen. Konnte der deutsche Kaiser es damals ahnen, daß der Zar, daß der König von England auf des Gastfreundes Wangen einen Judaskuß drückte?

Immer wieder sehe ich sie vor mir in der Hofloge sitzen, am 23. Mai 1913 in der Festvorstellung, den König von England und den Kaiser aller Reußen; von dem Hausherrn, ihrem Gastgeber, beehrt mit dem Vertrauen eines Mannes, der da glaubte, seine fürstlichen Gäste dächten über die Segnungen des Friedens und die Schrecknisse des Krieges genau so wie er. Gesagt und versichert haben es beide, der Engländer wie der Ruße, oft genug. Was sind Königs-, was sind Kaiserworte — in England, in Petersburg?

Eines ist mir in der Erinnerung an jenem Abend unverständlich: Ist es denkbar, daß die beiden Herren, der englische und der russische Gast, die seit dem Jahre 1906 wußten, daß sie nur auf die Gelegenheit warteten, gegen den kaiserlichen Wetter, ihren Gastgeber, einen Krieg auf Tod und Leben, einen Vernichtungskrieg vom Zaun zu brechen — ist es faßbar, daß diese beiden Männer dem Fürsten mitten zwischen ihnen in das offene, männliche Auge sehen konnten, ohne vor ihrer eigenen Falschheit zu erröten? Kann sich das ein ehrlicher Mann vorstellen?

Als die Mutter Hamlets in das blutgeschänderte Bett des Königs Claudius stieg, war seit der Leichenfeier von Hamlets Vater noch nicht so viel Zeit verfloßen, daß die ehebrecherische Königin die Sohlen der Schuhe abgelassen hätte, in denen sie der Leiche des ersten Gemahls gefolgt war, und das Gebäckene vom Leichenmahls gab kalte Schüsseln für die Hochzeitsfeier. Im Mai 1913 schmückten Taufende von Rosen den Zeitraum des königlichen Opernhouses zur Hochzeitsfeier der Kaiserin. Und der König von England und der russische Zar lächelten bei dieser Hochzeitsfeier, wie einst Claudius lächelte, um seine an dem Vater Hamlets begangene Freveltat zu verbergen. Im August 1913 hielten die beiden „Freunde“ mit der lächelnden Maske die Zeit für gekommen, ihren seit 1906 fertiggestellten Plan der Vernichtung ihres Gastgebers auszuführen. . . Ob sie heute noch lächeln werden, wie einst im Mai . . . ?
(Berliner Volksztg.) Der Wärmolf.

Fürsorge für Kriegserwitwen und Kriegserwaisen.

Im Reichstagsgebäude, im Plenarsitzungsraum, wo so oft unsere Volksvertreter über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes entschieden haben, tagte am 16. und 17. April eine wichtige Versammlung, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt hatte und in der auch die Organisationsvertreter der verschiedensten Richtungen vertreten waren, namentlich das weibliche Geschlecht war besonders stark vertreten. Dies war auch weiter nicht verwunderlich, galt doch die ganze Beratung der Fürsorge den Kriegserwitwen und Waisen. Die Tagung war einberufen vom Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit.

Professor Klumter-Frankfurt als einleitender Berichtserstatter und Dr. Alice Salomon-Berlin erörterten die Aufgaben und Träger der Hinterbliebenenfürsorge, Prälat Werthmann-Freiburg und Amtsgerichtsrat Dr. Köhne-Berlin behandelten die Fürsorge für die Kriegserwaisen. Frau Lepp-Kathenau-Berlin, Fräulein Dransfeld-Berlin, Dr. Wöhrgram-Lübeck, Fräulein Hanna-Berlin und Dr. Hoffmeister-Königsberg „die Fürsorge für die Kriegserwitwen“. Fräulein Müller-Hannover sprach über „Beruf und Familie“, und in einem ausführlichen Schlusswort sagte Prof. Klumter noch einmal die aus den Referaten und der sehr gründlichen Besprechung sich ergebenden Forderungen zusammen. Zu ihrer Durchführung wurden folgende Leitsätze angenommen:

1. Den Krieger-Witwen und -Waisen ist neben der gesetzlichen Rente eine soziale Fürsorge zu leisten.
2. Diese Fürsorge ist unter tunlichster Zusammenfassung der bestehenden Organisationen durch eine vom Staate geleitete Stelle auf das ganze Reich auszudehnen.
3. Als örtliche Vertretung dieser Fürsorge ist ein Organ der Gemeindeverwaltung geeignet, dessen Aufgabe es sein wird, die Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden.
4. Die Tagung beauftragt einen Arbeitsausschuß mit dem Rechte, die einleitenden Schritte zu einer Organisation aller sozialen Maßnahmen für die Krieger-Witwen und -Waisen zu tun.
5. Der für die gegenwärtige Tagung eingesetzte Ausschuss wird als Arbeitsausschuß mit dem Auftrage eingesetzt, sich möglichst aus allen in Betracht kommenden Organisationen zu ergänzen und sich mit den maßgebenden staatlichen Behörden in Verbindung zu setzen.

Bemerkenswert ist, daß in der Aussprache auch mehrere Vertreter aus dem verbündeten Oesterreich-Ungarn das Wort ergriffen, ihre Sympathie für die Bestrebungen und ihrer Freude über die deutsch-österreichisch-ungarische Verbrüderung Ausdruck verliehen. Im Interesse der Kriegserwitwen und -Waisen hoffen wir, daß, wie dies auch mehrfach von Vertretern der Behörden versichert wurde, die ausgesprochenen Wünsche weitgehendste Berücksichtigung finden.

Die Beschäftigung von Kriegsverletzten

wird, wie aus unserem Verbandsorgan „Der Gewerkeverein“ hervorgeht, zurzeit recht gründlichen Besprechungen unterzogen. Das ist gut, denn es ist Ehrenpflicht, für diejenigen unserer tapferen Truppen, die vor dem Feinde ihre volle Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, in ausgiebiger Weise zu sorgen. Diese Fürsorge darf sich nicht beschränken auf die Gewährung von Renten, sondern sie muß auch darin zum Ausdruck kommen, daß dem Beschädigten durch zweckmäßige Behandlung die Möglichkeit gewährt wird, sich im Erwerbsleben zu betätigen, und daß ihnen dadurch das drückende Gefühl genommen wird, minderwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft geworden zu sein. Dazu können auch die Arbeiter ein gut Teil mit beitragen, und sie werden sich dieser ihrer Pflicht nicht entziehen. Namentlich werden sie dort, wo Kriegsverletzte eingestellt werden, alles aufbieten, daß diese sich in den Beruf einarbeiten. Sie werden ihnen freudig helfen und ihnen gern etwaige Hilfsmittel und praktische Handgriffe zeigen, überhaupt alles tun, daß die Beschädigten möglichst vollwertige Arbeiter werden. Das ist man ihnen schuldig, und das darf man auch später, wenn das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Verletzten vielleicht schwächer geworden ist, nicht vergessen. Die von mancher Seite gehegte Befürchtung, die Arbeiter könnten in den Kriegsbeschädigten Konkurrenten und Lohnrüder sehen und ihnen das Wiedereintreten in den früheren Beruf oder die Erlernung eines neuen erschweren, muß unter allen Umständen von den Arbeitern selbst durch die Tatsachen als unbegründet erwiesen werden. Die Organisationen werden schon dafür sorgen, daß für gleiche Leistungen gleiche Verdienste erzielt werden, gleichviel, wer die Arbeit macht. Und etwaigem Mißbrauch von Kriegsbeschädigten wird hoffentlich auch durch die Behörden energisch entgegengetreten werden. Jedenfalls halten wir schon heute die Mahnung für angebracht, daß die deutschen Arbeiter alles unterstücken, um den Verletzten Gelegenheit zu geben, sich wieder eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen, und daß sie ihnen dabei bereitwilligst mit Rat und Tat zur Seite stehen. Das schreibt ihnen, abgesehen von allem andern, schon das Gefühl der Dankbarkeit vor, das wir jetzt und auch für spätere Zeiten nicht ersticken lassen dürfen.

Grundsätze für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen.

Das Reichsamt des Innern und das Preussische Kriegsministerium haben Anfang Dezember ds. Js. über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen Grundsätze aufgestellt. Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen für ungelernete Arbeiter wird danach nicht ein einheitlicher Satz berechnet werden, wie dies zur Vereinfachung der Arbeit für die Heeresverwaltung früher beabsichtigt war, sondern es wird der volle ortsübliche Tageslohn berechnet werden, wie er für den betreffenden Beschäftigungsort festgesetzt ist. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74, ist angewiesen, daß sie in jeder einzelnen Falle, wo sie die erforderliche Bescheinigung ausstellt, daß gegen die Ausgabe von Kriegsgefangenen nach der ihr bekannten Lage des Arbeitsmarktes keine Bedenken vorliegen, gleichzeitig von in Frage kommenden ortsüblichen Tageslohn für die ungelerneten Arbeiter angibt, wie er in der Beilage zu No. 5 des Zentralblattes für das Deutsche Reich vom 16. Januar 1914 veröffentlicht ist. Dieser Tageslohn trifft nur für ungelernete Arbeiter zu, die Löhne für gelernte Arbeiter sind erheblich höher. Die

Einnahme	M.		Ausgabe	M.	
	fl.	sch.		fl.	sch.
An Vortrag vom Jahre 1913	1 663	38	Per Sterbegelder	6 696	—
„ Eintrittsgelder	40	91	„ Abgelöste Versicherungen	194	85
„ Wochenbeiträgen	7 665	29	„ Gekaufte Wertpapiere	62 390	20
„ Zinsen von Kapitalien	3 547	10	„ Zinsen für gekaufte Wertpapiere	487	10
„ Lombardierte Wertpapiere	83 848	90	„ Provision und Spesen	2	60
			„ Depotgebühren an die Reichsbank	20	—
			„ Gehälter	1 085	—
			„ Entschädigungen an die Hauptrevisoren	42	—
			„ Entschädigungen an die Vertrauensmänner	237	63
			„ Prozeßgebühren	273	30
			„ Druckfachen und Utensilien	153	60
			„ Steuer an das Kaiserl. Aufsichtsamt	1	80
			„ Dem Effektenfonds überwiesen	21 748	90
			„ Zeitversäumnis	3	19
Summa:	96 765	56	Rassenbestand:	3 429	39
			Summa:	96 765	56

Vermögens-Nachweis.

	Nennwert		Ankaufswert		Kurswert	
	Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.
5% Deutsche Reichsanleihe	63 000	—	61 425	—	61 425	—
4% Neue Berliner Pfandbriefe	4 000	—	3 800	—	3 800	—
Guthaben auf den Banken	21 748	90	21 748	90	23 927	45
Rassenbestand in Bar	3 429	39	3 429	39	1 192	24
Summa:	92 178	29	90 403	29	90 344	69

Mitgliederzahl 1873 (davon männliche 623, weibliche 1250).

Berlin, den 31. Dezember 1914.

W. Fielke, Hauptkassierer.

A. Günther, H. Feiß, Fr. Thunath, Hauptrevisoren.

Fortifikationen zahlen z. B. für gelernte Arbeiter 6—8 Mt. und für ungelernete Arbeiter 4 Mt. Tageslohn je nach dem Berufe. Entsprechend der Festsetzung, die für die Beschäftigung der im Inland festgehaltenen russischen Saisonarbeiter in Braunkohlenbergwerken getroffen ist, ist bestimmt worden, daß für gelernte Arbeiter der Lohn gezahlt wird, den ein entsprechender deutscher Arbeiter in diesem Berufe und an diesem Orte im Tage- oder Stücklohn verdient. Die Kontrolle hierüber fällt bei Bergwerksbetrieben den Revierbeamten, bei gewerblichen Betrieben den Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu. In Zweifelsfällen wird es für angezeigt gehalten, daß der Lohn für Kriegsgefangene, die als gelernte Arbeiter beschäftigt werden, sich um 50 % über den Lohnsatz stellt, der als ortsüblicher Tageslohn für ungelernete Arbeiter des betreffenden Plazes festgestellt ist.

Die Verrechnung der von den Unternehmern gezahlten Lohnbeträge ist lediglich Sache der Heeresverwaltung. Die Grundsätze verfolgen den Zweck, daß einzelne Unternehmer aus der Beschäftigung von Kriegsgefangenen keinen ungerechtfertigten Gewinn haben und darin keinen finanziellen Anreiz finden, Kriegsgefangene deutschen Arbeitern vorzuziehen und so die Arbeitslosigkeit zu vermehren. (Mitgeteilt vom Zentralausschuß der Kriegsarbeitgemeinschaft für das Baugewerbe.)

Wirtschaftlicher Egoismus in der Zementindustrie.

Im gesamten deutschen Baugewerbe, das sich alle erdenkliche Mühe gibt, die Arbeitslosigkeit während des Krieges einzuschränken, erregt die von Zementproduzenten für das Jahr 1915 beschlossene Preiserhöhung für Zement begreiflichen Unwillen. Mit dem Hinweis auf die gesteigerten Betriebskosten, insbesondere der Kohlen-, Öl- usw. Preise, kann die Zementindustrie die in Aussicht genommenen erheblichen Preissteigerungen nicht allein rechtfertigen, sie kann auch nicht verlangen, daß die Zementverbraucher sie für die etwa zu Wohlfahrtszwecken aufgewendeten Beträge schadlos halten. Die Preissteigerung des Zements wird sicher ein Wiederaufleben der privaten Bautätigkeit im kommenden Frühjahr wesentlich hindern und das bedeutet in einer Zeit, in der viele öffentliche Bauten ihrer Vollendung entgegengehen, eine schwere Benachteiligung eines großen Bevölkerungsteils, und zwar nicht nur im Baugewerbe und den Baunebengewerben, sondern auch in der sonstigen Baustoffindustrie und dem Baustoffhandel. Die Zementindustrie scheint hierauf keine Rücksicht zu nehmen, weil die Heeresverwaltung gezwungen ist, ihr große Mengen Zement abzunehmen. Bei den wichtigen allgemeinen Interessen, welche auf dem Spiele stehen, wird die Festsetzung von Höchstpreisen für Zement von der Reichsregierung erwogen werden müssen. (Kriegsarbeitgemeinschaft für das Baugewerbe.)

Unverbesserlich!

Während der Burgfriede erfreulicherweise von allen Parteien sorgfältig gewahrt wird, hat es sich der bekannte General-Kirdorf nicht verheißt können, auf der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gegen die Organisationen der Arbeiter und ihre Führer einen ganz unberechtigten Vorstoß zu unternehmen. Er erhob nämlich heftige Vorwürfe gegen den Staatssekretär des Reichsamts des Innern und den preussischen Handelsminister, weil diese mehrfach mit Vertretern der Arbeiterorganisationen Verhandlungen gepflogen haben. Nach dem Bericht in der dem Herrn Geheimrat Kirdorf nahestehenden „Post“ hat der Herr Generaldirektor ausgeführt:

„Die Reichsregierung und insbesondere der zuständige preussische Minister für Handel und Gewerbe haben es für zweckmäßig erachtet, mit den Vertretern der Arbeitergewerkschaften Fühlung zu nehmen, um einer jeden Störung der Arbeit vorzubeugen. Der Minister sei auch schon in Verhandlungen mit den Arbeitern eingetreten und habe auch die Arbeitgeber aufgefordert, daran teilzunehmen. Diese haben es aber abgelehnt, weil sie ein derartiges Vorgehen für bedenklich halten, denn man müsse nicht aus den Augen verlieren, daß die Verhandlungen leicht auch eine der gewollten entgegengesetzte Wirkung haben könnten. Es sei naturgemäß, daß die Führer der Arbeiter sich in ihrer Stellung innerhalb der Gewerkschaft stärken wollen. Wenn nun diese ihre Bestrebungen bei dem übergroßen Vaterlandsgedanke unter der Arbeiterschaft kein Ergebnis haben, so werden sie womöglich durch diese beständig geführten Verhandlungen dazu getrieben, Unzufriedenheit unter den sonst ruhigen Arbeitern zu erregen.“

Neben dem Vorwurf gegen den Handelsminister wird hier den Führern der Arbeiterorganisationen verdedt untergeschoben, daß sie sich bei den Verhandlungen mit den Ministern leiten ließen, von dem Gedanken, lediglich ihr Ansehen zu stärken, um dies gegebenenfalls nachher zu mißbrauchen, um Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft zu säen. Wir halten es für unter unserer Würde, gegen diese Unterstellung etwas zu erwidern. Herr Kirdorf ist durch seinen Haß gegen die Arbeiterorganisationen so verblendet, daß er offenbar alles übersieht, was die Organisationen während der Kriegszeit anerkanntermaßen für das Vaterland getan haben. Das wird diese nicht abhalten, auch fernerhin ihre Pflichten zu erfüllen. Hoffentlich aber lassen sich die angegriffenen Staatsmänner durch die Scharfmachereien des Herrn Kirdorf ebensowenig in ihrer Haltung beeinflussen!

□ □ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □ □

Am Sonntag den 17. April hatten wir gemeinsam mit dem Ortsverein der Maschinbauer eine allgemeine Mitgliederversammlung einberufen, und dazu auch unsere Frauen eingeladen, die dem Rufe auch zahlreich gefolgt waren. Unser Bezirksleiter, Kollege Volkman, der sich auf einer Agitationsreise befand, verstand es in einem längeren Vortrage den Anwesenden den Wert der Organisation während der Kriegszeit vor Augen zu führen. Besonders wertvoll und interessant waren die Ausführungen betreffs der Fürsorge der Kriegsbeschädigten und der Kriegserwitwen und Kriegswaisen. Recht beachtenswert waren die Erörterungen über die Aufgaben die sich für uns auch nach dem Kriege ergeben werden. Hier werden noch zweifellos gewaltige Anforderungen an die Organisation gestellt werden. Kollegen, jetzt gilt es, das Gehörte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Unser Ort ist während der Kriegszeit zum großen Teil von Arbeitslosigkeit verschont geblieben, dafür haben wir uns eifrig angelegen sein lassen, die Not der zurückgebliebenen Frauen und Kinder zu lindern. Dankbar ist das von denselben empfunden worden. Wir haben damit bewiesen, daß unser Gewerkeverein daselbe Anpassungsvermögen besitzt, welches das deutsche Reich in so hohem Maße hervorhebt. Erlahmen wir auch nicht weiter in dieser Fürsorge. Stellen wir alle unsere Kräfte in den Dienst der Sache, dann wird es uns immer möglich sein, die Interessen unserer Mitglieder und Angehörigen in weit höherem Maße zu vertreten. Treten wir mehr wie bisher ein für die Interessen der freiheitlich nationalen Arbeiterbewegung der Deutschen Gewerkevereine.

W. Bannier.

